

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-005234/2012
an die Kommission**

Artikel 117 der Geschäftsordnung

Konrad Szymański (ECR) und Martin Kastler (PPE)

Betrifft: Mittel aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit und Abtreibung, Sterilisation und Kindstötung in den chinesischen Provinzen

2010 erhielt der Internationale Verband für Familienplanung (IPPF) unter Aufsicht des europäischen Amtes für Zusammenarbeit EuropeAid 2,5 Mio. EUR aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (Haushaltlinie 21 05 01 01). Einen Teil der erhaltenen Mittel gibt der IPPF an seinen Mitgliedsverband in China, den chinesischen Verband für Familienplanung, weiter. Verbindungen zwischen dem chinesischen Verband für Familienplanung und der chinesischen Regierung sind eindeutig belegt. Außerdem gibt es eindeutige Belege für erzwungene Abtreibung, Sterilisation und Kindstötung in den chinesischen Provinzen. Für den EU-Haushalt gelten spezifische Bestimmungen hinsichtlich des Verbots und der Bekämpfung von Zwangssterilisationen.

- Sind der Kommission die Verbindungen zwischen dem IPPF, dem chinesischen Verband für Familienplanung und der chinesischen Regierung bekannt?
- Hat sie Kenntnis darüber, ob der IPPF Mittel aus dem Instrument für Entwicklungszusammenarbeit für die Bereitstellung von Gesundheitsdienstleistungen im Bereich der Sexual- und Reproduktionsmedizin in China verwendet?
- Wenn ja, kann die Kommission nachweisen, dass diese Mittel nicht im Zusammenhang mit erzwungener Abtreibung, Sterilisation oder Kindstötung stehen?